

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

April 1991

Zu den deutsch-polnischen Verträgen

Der westdeutsche Revanchismus hat seine alten Ziele nicht aufgegeben!

Am 14. November unterzeichneten der westdeutsche und der polnische Außenminister einen Vertrag zur Oder-Neiße-Grenze - eine Ratifizierung durch den Bundestag steht noch aus. Die westdeutschen Imperialisten sprechen sich wieder einmal ein Lob aus, sie hätten zur "dauerhaften Verständigung" zwischen den Völkern beider Länder beigetragen. Wie es um diese "Verständigung" real bestellt ist, wurde sehr schnell im Zusammenhang mit der Aufhebung der Visumpflicht für polnische Besucher am 8.4.1991 deutlich. Der Innen senator blies schon Wochen vorher zum Halali gegen den "polnischen Ansturm". Heckelmann kündigte an, er werde einen neu entstehenden Polenmarkt "im Keim ersticken". Der Senat knüpft damit an die antipolnische Hetze vor Einführung der Visumpflicht an. Mit dem Rückenwind dieser Hetze blockierten am 8.4. faschistische Banden mehrere deutsch-polnische Grenzübergänge, beschimpften, bedrohten und überfielen polnische Reisende - stundenlang unbehelligt von der Polizei. Auf der anderen Seite der Grenze pochen die westdeutschen Imperialisten wieder verstärkt auf ihre "Obhutspflicht" für Deutsche in Polen - bis hin zur Forderung eines "Niederlassungsrechts" auch für ehemals ausgesiedelte Deutsche. All dies zeigt, daß sich an der antipolnischen, revanchistischen Propaganda im Kern nichts geändert hat. Was also steckt tatsächlich hinter dem Grenzvertrag?

Die westdeutschen Imperialisten ließen erklären, daß sie die Oder-Neiße-Grenze "durch einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bekräftigen wollen" (Regierungserklärung am 15. Nov. 1990). Anders sei die "Einheit Deutschlands" nicht zu haben, das sei der notwendig zu zahlende Preis für die Zustimmung der ehemaligen Siegermächte zur deutschen Einheit. Damit ist bereits gesagt: der Abschluß dieses Vertrags war, darüber können Sonntagsreden nicht hinwegtäuschen, alles andere als ein ehrlicher Freundschaftsakt. **Er war ein rein imperialistisches Kalkül, ein Schachzug, um die Einverleibung der DDR über die Bühne zu bringen** und um außenpolitische Zusammenstöße mit den anderen imperialistischen Großmächten zu vermeiden. Von SPD bis PDS - alle im Parlament vertretenen Parteien spendeten hierfür der Kohl-Regierung Beifall und stellten sich geschlossen hinter sie.

Seit ihrem Bestehen hat die Bundesrepublik die Anerkennung der Grenzen Polens als gerechtes Ergebnis des von Deutschland verlorenen Zweiten Weltkriegs grundsätzlich verweigert. Sie hat das "Offenhalten" der deutschen Frage, einschließlich der ehemaligen "Ostgebiete" und die Forderung nach dem "Recht auf Heimat" der Ausgesiedelten zur Staatsdoktrin erhoben.

Angeblich soll dieses Ziel nun der Vergangenheit angehören und aufgegeben sein gerade zu einem Zeitpunkt, an dem eines der Ziele des westdeutschen Revanchismus weitgehend erreicht, nämlich die DDR verschlungen wurde, und damit der Machtbereich des westdeutschen Imperialismus, mit Bundeswehr und allem was dazu gehört, bis unmittelbar an die Oder-Neiße-Grenze vorgeschoben ist? Zu einem Zeitpunkt, an dem Polen mehr denn je vom westdeutschen Imperialismus abhängig ist und auf Gedeih und Verderb seinen Gläubigern ausgeliefert ist?

Daran darf nicht nur, **darin muß gezweifelt werden**. Eine ganze Reihe von Tatsachen sprechen eine ganz andere Sprache. Wir erinnern daran, daß die westdeutschen Imperialisten vor Vertragsabschluß anlagert alles getan haben, um einen Grenzvertrag zu vermeiden. (Siehe Flugblatt des WBK vom April 1990)

Dieses Hin und Her, dieses abstoßende Manövrieren ist selbst jetzt, nach Unterzeichnung des Vertrags, nicht zu Ende. Der ursprüngliche Zeitplan für die Ratifizierung im Bundestag ist bereits überschritten, ungeachtet der Klagen der polnischen Seite über diese Verzögerung.

Im übrigen haben die westdeutschen Imperialisten bereits vor Vertragsabschluß gezeigt, daß sie



Der Direktor der Firma North vor dem Modell einer Fliegerjacke der deutschen Bundeswehr

Die Bundeswehr läßt in Polen Uniformjacken herstellen!

Folgendes Beispiel zeigt drastisch, welcher Einfluß den westdeutschen Imperialisten in Polen bereits in die Hände gefallen ist:

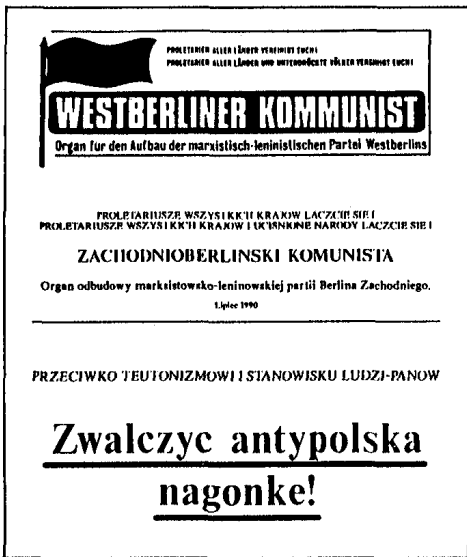
"Nur ganz wenige Betriebe haben so viel Glück wie die Firma North in Suwalki. Jahrelang hat die Firma wattierte Wintermäntel für Sowjetbürger hergestellt. Als die "Sybraki-Kette", wie die Mantelschneiderinnen ihre Produktion nannten, wegen Unrentabilität eingestellt werden mußte, trat die deutsche Bundeswehr als Retter auf. North bekam aus Bonn einen Dauerauftrag für die Lieferung von dunkelblauen Uniformjacken für die deutsche Luftwaffe und Bundesmarine. Werksdirektor Andrzej Staszczek hat wenig Sorgen mit dieser Produktion, Modelle und Schablonen lieferten die Deutschen. Zwar muß jede Uniformjacke durch 40 Paar Hände gehen und ist damit reichlich arbeitsaufwendig. Dafür gibt es keine Probleme mit der Materialversorgung. Ein Lastwagen aus der Bundesrepublik bringt Tuch und holt die fertige Ware wieder ab. Ein gutes Geschäft für die Deutschen ist es auch. "Wir sind billiger als Hongkong und Korea" sagt Geschäftsführer Staszczek, "wir sind die preisgünstigsten Uniformhersteller der Welt". Der monatliche Durchschnittslohn einer Näherin in Suwalki beträgt 90 000 Słoty (65 Mark). Das liegt zwar unter dem staatlich vorgeschriebenen Mindestlohn, ist aber immer noch mehr als das Arbeitslosengeld. Die Näherin Kozłowska sagt: "Früher konnten wir uns für Geld nichts kaufen. Jetzt, wo alles zu kaufen ist, haben wir kein Geld, um die schrecklichen Preise zu bezahlen." (Spiegel 42/90)

Bringen wir es auf den Punkt: es gelingt dem westdeutschen Kapital zunehmend, die vormals vom russischen Sozialimperialismus besetzten Positionen an sich zu reißen. Es stellt sich in die Positur des "Retters Polens", tatsächlich ist es dabei, das Land in seine Halbkolonie zu verwandeln, in der es gierig die Arbeitskraft unter Preis ausbeutet und in der die Massenarmut bereits riesige Ausmaße angenommen hat. Ja selbst die Bundeswehr kann sich im von deutschen Soldaten emiedrigten und geschundenen Polen bereits mit Beschaffungsaufträgen tummeln. Immer mehr und immer fester befindet sich Polen im Griff des westdeutschen Imperialismus!

Polen - ein Prüfstein damals und heute!

Wir deutschen Demokraten haben nämlich ein besonderes Interesse an der Befreiung Polens. Es sind deutsche Fürsten gewesen, die aus der Teilung Polens Vorteile gezogen haben, es sind deutsche Soldaten, die noch jetzt Galizien und Posen unterdrücken. Uns Deutsche, uns deutschen Demokraten, vor allem muß daran liegen diesen Flecken von unserer Nation abzuwaschen. Eine Nation kann nicht frei werden und zugleich Fortfahren, andere Nationen zu unterdrücken. Die Befreiung Deutschlands kann also nicht zustande kommen, ohne daß die Befreiung Polens von der Unterdrückung durch Deutsche zustande kommt.

(Matz Engel, Werke Bd. 1, S. 47)



Flugblatt des WBK vom Juli 1990: "Die antipolnische Hetze bekämpfen!" in polnischer Sprache

mir nichts dir nichts über die Souveränität Polens hinwegschreiten, wenn sie es für zweckmäßig halten. Sie haben die Gespräche über den Rückzug der Truppen der russischen Sozialimperialisten aus der Ex-DDR unter Ausschluß Polens geführt, obwohl auf der Hand lag, daß ein Großteil der Transporte über polnisches Territorium führen wird.

All dies läßt nichts Gutes ahnen. **Die westdeutschen Imperialisten treiben ein doppeltes Spiel!**

Diese Schlußfolgerung ist unwiderlegbar und bestätigt sich, sieht man sich das "Vertragswerk" vor dem Hintergrund bisheriger "Rechtsgrundlagen" genauer an.

Der Grenzvertrag lehnt sich eng, bis ins Detail, an den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 an. Er spricht davon, daß die "bestehende Grenze jetzt und in der Zukunft unverletzlich" (nicht zu verwechseln mit unveränderbar!) sei, daß "keinerlei Gebietsansprüche" erhoben werden. All dies stand bereits im "Warschauer Vertrag". Damals war allerdings wesentlich, daß dieser lediglich den momentanen Status Quo bestätigen sollte, aber gleichzeitig erklärt wurde: "Ein wiedervereinigtes Deutschland kann also durch den Vertrag nicht gebunden werden" (der damalige Außenminister Scheel, "Die Verträge mit Moskau und Warschau", Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, S. 207). Damit hielt sich der westdeutsche Revanchismus alle Wege offen - einstweilen lag zwischen Westdeutschland und der Oder-Neiße-Grenze ja ohnehin noch die DDR. Nach der Einverleibung der DDR hat nun das "wiedervereinigte Deutschland" den Wortlaut des "Warschauer Vertrags" im Grenzvertrag mit Polen wiederholt. Bereits vorher hatte der "Zwei-plus-Vier-Vertrag" einige juristische Positionen, die den Revanchismus im Grundgesetz verankern, suspendiert. Das betrifft die Präambel des Grundgesetzes und Artikel 146 ("Wiedervereinigungsgebot"), sowie Artikel 23 Satz 2 ("Freiwilliger Beitritt" weiterer Gebiete). Wer da meint, nun könne das polnische Volk aufatmen, hat sich gründlich getäuscht oder hat sich gründlich täuschen lassen. Denn schon in Bezug auf die großdeutschen "Rechtsansprüche" ist es so, daß Art. 116, wonach die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten lebenden Deutschen nach wie vor die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, nicht außer Kraft gesetzt wurde.

Großdeutsche Rechtsansprüche haben also den Grenzvertrag mit Polen unbeschadet überstanden und werden voraussichtlich auch den im Moment verhandelten "Freundschaftsvertrag" überdauern. Hier kommt nichts anderes als das Festhalten an den alten revanchistischen Forderungen zum Vorschein!

Haben also die westdeutschen Imperialisten die Oder-Neiße-Grenze **ohne Wenn und Aber, als gerechte, und daher unveränderliche Grenze** anerkannt?

Haben sie aufgehört, die verbliebene deutsche Minderheit in Gorný Slansk, dem ehemaligen Oberschlesien, unter ihre "Obhutspflicht" zu stellen und zu einem verlängerten Arm deutscher Interessen hochzuziehen? **Nein, eindeutig nein.** Sie haben dieses und jenes juristische Zugeständnis gemacht, das sich in der Zukunft als trügerisch erweisen wird. Sie haben für den Moment offen

revanchistische Losungen den Vertriebenenorganisationen überlassen. Für den Moment! Sie sind wahre Meister der Zweideutigkeit, wenn es um juristische Formulierungen und das politische Tagesgeschäft geht. **Aber der westdeutsche Imperialismus bleibt, was er war und ist: Revanchismus.**

Weiterhin wird die Oder-Neiße-Grenze nicht als gerechte Grenze anerkannt!

Es gehört zur "Staatsräson" der Bundesrepublik - und das steht nicht nur in den Schulbüchern - daß die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens durch die Potsdamer Konferenz der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, in enger Absprache mit der polnischen provisorischen Regierung, ein "Unrecht gegen Deutschland" gewesen sei, ein "Willkürakt", der auf dem "Vertreibungsverbrechen gegen die Deutschen im Osten" beruhe.

Zu keinem Zeitpunkt, auch nicht heute und auch nicht im Grenzvertrag, hat die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze als eine im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs entstandene gerechte Grenze anerkannt. Statt dessen wird weiter gegen die berechnete Umsiedlung deutscher Bevölkerungsteile aus Polen getobt.

Bereits die Entschließung des Bundestags vom 6.3.1990, bzw. die gemeinsame Entschließung des Bundestags und der Volkskammer vom Juni 1990 war hierbei nur eine, und keine neue Variante. Es heißt darin einerseits, daß dem polnischen Volk von Deutschen "schreckliches Leid" zugefügt wurde und andererseits "Millionen von Deutschen aus ihrer Heimat vertrieben wurden", womit "grobes Unrecht geschehen" sei. Aktion und Reaktion werden so auf die gleiche Ebene gestellt, berechnete Schutzmaßnahmen gegen neuerliches Unrecht werden selbst zu Willkürakten und Unrecht gestempelt. Ganz auf dieser Linie liegt der Grenzvertrag, der nicht nur Täter und Opfer gleichsetzt, wenn er vom "schweren Leid, das dieser Krieg hervorgebracht hat, insbesondere auch der von zahlreichen Deutschen und Polen erlittene Verlust ihrer Heimat durch Vertreibung und Aussiedlung" spricht, sondern auch den Grund dafür in Vergessenheit geraten lassen will: der Überfall Nazi-Deutschlands auf Polen.

Die berechtigten Lebensinteressen Polens - ein Viertel der polnischen Bevölkerung fiel dem Vernichtungsfeldzug der Nazi-Armee zum Opfer - unverzichtbare Sicherheitsvorkehrungen gegenüber einer neuerlichen Aggression und unmittelbarer Schutz für die vormalig im deutschen Reich lebende polnische Minderheit, die während des Krieges zum Großteil enteignet, vertrieben, zur Zwangsarbeit gezwungen wurde, dies waren die wirklichen Gründe für die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze. Zu diesen Sicherheitsvorkehrungen gehörte auch die Aussiedlung des Großteils der deutschen Bevölkerung, welche weitgehend faschistisch eingestellt war, und sich zum Erfüllungshelfen schrecklichster Verbrechen machen ließ, bzw. selbst die übelsten SS-Schergen hervorgebracht hatte.

Beide Maßnahmen, sowohl die Festlegung der West-Grenze Polens an Oder und Neiße als auch die Aussiedlung gehören untrennbar zusammen. Ein Polen mit einem beträchtlichen, dem Nazi-Faschismus bis zum Ende ergebenen deutschen Bevölkerungsteil, welcher dem neuentstandenen polnischen Staat haßerfüllt gegenüber steht, das hätte bedeutet, sofort eine Katastrophe heraufzubeschwören. Diese an den Lebens- und Sicherheitsinteressen Polens orientierten Entscheidungen, welche von allen gegen den Nazi-Faschismus kämpfenden Völkern und Staaten für berechnigt und richtig befunden wurden, stellt der westdeutsche Revanchismus als "Unrecht" hin, das es rückgängig zu machen gelte.

Einem solchen Vertrag, der nicht klipp und klar die Oder-Neiße-Grenze als **gerechte und daher unveränderliche Grenze** anerkennt und dies nicht ausdrücklich als unabänderliche Folge des von Deutschland ausgegangenen Zweiten Weltkriegs feststellt, fehlt nicht nur der entscheidende moralisch-politische Prüfstein. Er ist selbst Ausdruck der unveränderlichen Ziele des westdeutschen Revanchismus. Auch wenn in ihm der heutige Grenzverlauf festgehalten wird, einer Anerkennung wird sofort wieder der Boden entzogen, wenn weiterhin eine Propaganda vom "millionenfachen Unrecht an Deutschen" betrieben wird und dies sogar in den gemeinsamen Vertrag Eingang findet.

Die Opfer der Nazi-Verbrechen in Polen

Opfer von Kriegshandlungen:

Streitkräfte	123 000
Zivilbevölkerung	521 000
In Vernichtungslagern, bei öffentlichen Hinrichtungen, Befriedungsaktionen, Liquidierung des Ghettos	3 577 000
In Gefängnissen, Arbeitslagern, infolge Erschöpfung, schlechter Behandlung, Epidemien	1 286 000
Infolge erlittener Mißhandlungen, Überanstrengung, Verletzungen starben nach der Entlassung aus Arbeits-, Vernichtungslagern und Gefängnissen	521 000
Insgesamt Tote	6 028 000
Davon jüdische Bevölkerung aus Polen	3 400 000
Ferner wurden von den Nazis polnische Frauen und Männer nach Deutschland oder in von Deutschland besetzte Länder zur Zwangsarbeit verschleppt	2 460 000
Zwangswise umgesiedelt wurden von den Nazis außerdem	2 478 000

(nach: "Oder-Neiße - eine Dokumentation", Berlin 1956, S. 58/59)



Ein Erschießungskommando der deutschen Wehrmacht in Polen und seine Opfer

Nach wie vor großdeutsche Ansprüche auf Polen

Die Ratifizierung des Grenzvertrags durch den deutschen Bundestag ist aufgeschoben bis zum Abschluß eines sog. "Freundschaftsvertrags". **Dies faktische Junktim, diese Verkoppelung beider Verträge ist ein unverkennbares Druckmittel!**

Dieser weitere Vertrag soll, wie der Bundeskanzler sagte, die Grenze zu Polen "im Sinne der größeren Einheit Europas als Brücke zwischen den Völkern zukunftsgerichtet ausgestalten." (Regierungserklärung v. 15.11.90). "Kernstück unseres Vertrags" wird "eine umfassende Regelung der Rechte der deutschen Minderheit in Polen - und im Gegenzug der bei uns wohnenden polnischen Bürger" (ebd.) sein. Die deutsche Seite hat bereits detaillierte Vorstellungen was die Rechte der deutschen Minderheit in Polen betrifft; was jedoch die Rechte der polnischen Bürger bei uns betrifft, wurde so gut wie nichts bekannt.

Wenn von "Sprachunterricht" und "Kulturarbeit" die Rede ist, dann ist die "deutsche Kultur" allemal Sendbote westdeutschen Kapitals und "deutscher Überlegenheit". Wenn dabei immer noch von "unseren Landsleuten" - Nomen est Omen! - gesprochen wird, wenn es heißt "Wir wollen sie mehr als bisher mit unseren Medien versorgen" (ebd.), so ist allemal klar, in wessen Sinn und für wessen Unterstützung sie beeinflusst werden sollen.

In unseliger Tradition wird die Frage der Rechte der deutschen Minderheit, deren Regelung allein Polen zusteht, zu einem Gegenstand, in den der westdeutsche Imperialismus interveniert, Forderungen stellt, seinen Einfluß geltend macht, und als "Anwalt", in Wirklichkeit aber als Patronatsmacht auftritt.

Bei alledem handelt es sich um Ziele die sich der westdeutsche Imperialismus in einem Nachbarstaat gesetzt hat, gerade so, als sei es sein "sovereäner Anspruch"!

Inzwischen gab es Pressemeldungen wie diese: "Von deutscher Seite war zu hören, daß der Grenzvertrag einen Passus enthalten soll, der Konsultationen über auftretende Minderheitenkonflikte vorschreibt" (TAZ v. 7.3.1991).

Selbst wenn sich diese weitgehenden Vorstellungen nicht ganz durchsetzen sollten, im Ergebnis wird offenkundig sein, daß die westdeutschen Revanchisten in Polen mitregiert haben.

Darüberhinaus hat die Bundesregierung bereits ihre Absicht erklärt, "Wirtschaftshilfe" bevorzugt an Gebiete mit deutscher Bevölkerung zu vergeben. "Freizügigkeit" und "Niederlassungsfreiheit" werden gefordert - das heißt, auch ehemals Ausgesiedelte sollen, ganz wie es ihnen beliebt, wieder nach Polen zurückkehren dürfen. Auf diese

Weise soll unter der Flagge des "Vereinigten Europas", des "einigenden Charakters der Grenzen", die "verlorenen" Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze immer enger mit dem westdeutschen Imperialismus verbunden werden - nach und nach wird darauf hingearbeitet, sie doch noch "Heim ins Reich" zu holen. Wozu sonst werden nach wie vor alte Besitztitel auf Grund und Boden aufrechterhalten, wozu sonst werden die revanchistischen Vertriebenenverbände unter dem Haushaltstitel "ostdeutsche Kulturarbeit" weiter mit Millionenbeträgen finanziert. Es bestehen sogar Pläne, beim Innenministerium (!) eine Abteilung für "Vertriebene, Umsiedler und die deutsche Minderheit im Osten" einzurichten. (TSP v. 28.2.91).

Die Einmischung in die Frage der deutschen Minderheit im Osten hat eine üble Geschichte, und alles deutet darauf hin, daß sie in den alten Bahnen verläuft. Der deutsche Imperialismus rekrutierte vor dem Zweiten Weltkrieg aus den deutschen Minderheiten der östlichen Nachbarländer seine 5. Kolonne für die kriegerische Expansion. Er war demagogischer Anwalt ihrer Interessen - seine Forderungen wurden immer zügelloser. Es ist unübersehbar, daß diese Fäden heute vom westdeutschen Revanchismus weitergesponnen werden. **Mit großer Ausdauer und unveränderter Zielsetzung arbeitet er daran, erneut eine auf die Interessen des deutschen Imperialismus eingeschworene 5. Kolonne hochzuziehen, eine wirtschaftlich besser gestellte, privilegierte Minderheit, die sich als "deutsche Staatsbürger" seiner Loyalität verpflichtet sehen.**



Das Verhältnis des westdeutschen Imperialismus zu Polen birgt politischen Sprengstoff ersten Ranges für die Zukunft. In der Argumentation der Herrschenden, daß der Grenzvertrag der notwendig zu zahlende Preis für die nationale Einheit sei, ist bereits angelegt, eines Tages, wenn die Zeit reif ist, zu erklären: der Vertragsschluß sei unter außenpolitischen Zwängen erfolgt, man habe Deutschland keine andere Möglichkeit gelassen, jeder Vertrag werde einmal hinfällig, oder wie auch immer es dann heißen wird. Das wäre nicht der erste Vertragsbruch in der Geschichte des deutschen Imperialismus.

Dann wird erneut die unverhüllte Forderung der "Heimholung der Ostgebiete" in den Vordergrund treten, nachdem Polen mehr und mehr unterminiert und die langfristigen Voraussetzungen für die Entstehung einer Irredenta, einer Lostrennungsbewegung mit dem Ziel der Herstellung des großdeutschen Reichs geschaffen wurden.

Es ist ein großer Irrtum zu glauben, daß je enger die wirtschaftlichen Beziehungen, je fortgeschrittener die "friedliche" Durchdringung Polens, desto unwahrscheinlicher werde eine Aggression. Das Gegenteil ist der Fall, wobei die westdeutschen Imperialisten allerdings noch weit über Polen hinausgehende Ziele verfolgen.

Kein Vertrauen in die herrschenden Klassen Polens!

Zu einem Vertrag gehören mindestens zwei Seiten. Die betrügerischen Winkelzüge der westdeutschen Revanchisten werden bedeutend dadurch erleichtert, daß den herrschenden Klassen Polens jegliche Konsequenz und Prinzipienfestigkeit selbst bei der Wahrung der Sicherheitsinteressen des eigenen Landes fehlen.

Die von Masowiecki geprägte Regierungsformel: "Der Weg nach Europa führt über Deutschland" bringt Polen aus der Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus direkt in die Abhängigkeit vom westdeutschen Imperialismus. Das ist das Resultat einer gefährlichen Schaukelpolitik, durch die die herrschende kapitalistische Bourgeoisie Polens und ihre Regierung hoffen, sich zu "sanieren" und ihre Profite zu steigern. Diese Politik hat ihre Wurzeln keinesfalls in der Ablösung des Regimes der PVAP - sie reicht weiter zurück. Die heute Herrschenden bauen lediglich das aus, wofür die Gierek-Revisionisten bereits den Grundstein gelegt haben, als die 1970 die Warschauer-Verträge unter Umgehung des Potsdamer Abkommens schlossen, ohne daß die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Grenze endgültig, ohne Tricks und Ausflüchte, anerkannt hat.

Mehr noch: der heutige Ruin Polens, der heutige Ausverkauf an die westdeutschen Imperialisten wäre gar nicht möglich gewesen, ohne Verrat der Partei Gomulka und Giereks an den Prinzipien der proletarischen Revolution, ohne völlige Ruinierung der Perspektive des sozialistischen Aufbaus durch die Machtergreifung einer neuen kapitalistisch-revisionistischen Bourgeoisie. Die Interessen der damals mit "kommunistischem" Mäntelchen Herrschenden sind im Kern die gleichen wie die der heute "demokratisch" Herrschenden. Beide verbreiten die katastrophale Illusion es, sei möglich, die westdeutschen Revanchisten durch "Annäherung" mittels Konzessionen und doppelbödiger Verträge zu "befrieden". Sie geben ihre eigenen engen Klasseninteressen als die Interessen "aller Polen" aus und nähren die Illusion, Polen könnte zur Prosperität verholfen werden, indem "mit Hilfe fremdem - zu einem beträchtlichen Teil westdeutschen - Kapitals mit

Veröffentlichungen des "WESTBERLINER KOMMUNIST"

1. September 1989 - 50. Jahrestag des hitlerfaschistischen Überfalls auf Polen:

Der Faden der Geschichte ist nicht abgeschnitten: Der westdeutsche Imperialismus in Hitlers Fußstapfen (WBK Nr. 38)

April 1990 - Gegen die Provokationen des westdeutschen Revanchismus:

Die Oder-Neiße-Grenze ist unantastbar!

Juli 1990 - Gegen Herrenmenschenstandpunkt und Deuschlämellei:

Die antipolnische Hetze bekämpfen!

Aus der Geschichte lernen!

Die gesamte "neue Ostpolitik" der letzten 25 Jahre beruht auf dem Kalkül, daß die großdeutschen Ziele nicht direkt, nicht auf kurzem Weg, realisierbar sind. Der Erfolg ist unübersehbar, die Ziele sind dabei unverändert geblieben: Die Einverleibung der DDR ist dafür der klarste Beweis. Nun geht es zunächst darum, den Staatsapparat des westdeutschen Imperialismus überall in der DDR zu etablieren und aufzubauen, den Machtgewinn zu stabilisieren und unanfechtbar zu machen. Dies spricht für eine gewisse "Atempause" - es verbietet sich, sowohl auf Grund der inneren wie der äußeren Lage, die Verwirklichung des gesamten großdeutschen Reichs sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Gleichzeitig kommt der Ausbau von Beziehungen und Stützpunkten in Polen rasch voran.

Diese Methode "Stück für Stück" ist eine alte Methode des deutschen Revanchismus und der territorialen Expansion. Am 26. Januar 1934 unterzeichneten die Hitlerfaschisten mit Pilsudski-Polen eine "Nichtangriffserklärung". Darin wurde die Absicht ausgesprochen, "die die beiden Länder berührenden Fragen auf dem Weg unmittelbarer Verhandlungen in Angriff zu nehmen und in ihrem Verhältnis zueinander auf jede Anwendung von Gewalt zu verzichten", da dies "eine wesentliche Voraussetzung für den allgemeinen Frieden in Europa" sei. (zit. n. Geschichte der Diplomatie, Bd. III/2, SWA-Verlag Berlin, 1948, S. 122)

Es ging damals dem deutschen Imperialismus darum, die außenpolitische Lage Deutschlands für die Wiederaufrüstung und die Stabilisierung der faschistischen Herrschaft zu beruhigen. Es ging ihm darum, Polen zunächst zu neutralisieren, um dann Österreich, und danach die Tschechoslowakei zu überfallen. Hitler erklärte seinerzeit gegenüber dem Nazi Herrmann Rauschning (dem Senatspräsidenten von Danzig): "... er werde alle möglichen Zugeständnisse machen, um freie Hand für die Fortsetzung seiner Politik zu bekommen. Er werde alle Grenzen garantieren, jeglichen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt, den man von ihm verlange, schließen. Es wäre seinerseits kindisch, sich dieser Mittel nicht zu bedienen, weil er irgendwann seine Verpflichtungen, und seien sie noch so feierlich abgeben, werde verletzen müssen..."(ebd., S.130)

Die Welt hat gesehen, was daraus geworden ist: am 1. September 1939 fiel die deutsche Wehrmacht wortbrüchig in Polen ein.

Die Verwirklichung expansionistischer Ziele Schritt für Schritt, "etappenmäßig", ist ein Grundzug des deutschen wie des westdeutschen Revanchismus. Dabei gehören doppelbödig angelegte Verträge und Vertragsbruch zum klassischen Arsenal gerade auch der deutschen imperialistischen Diplomatie, die es auf diesem Gebiet zu unerreichter "Meisterschaft" gebracht hat.

der Zeit eigenes Kapital" (Jerzy Sulek, polnisches Außenministerium, zit.n. Dialog 3/4 1990) gebildet wird. Sie werden sicher ihre Profite steigern und tun es bereits heute. Sie betreiben den Ausverkauf Polens und erhalten einen bestimmten Anteil an der zunehmenden Ausbeutung der polnischen Arbeiter und Bauern durch imperialistisches Kapital. Das wird aber auch auf lange Sicht das Elend der polnischen Werktätigen nicht beseitigen - dazu brauchen sie nur ihren Blick z. B. nach der Türkei zu richten.

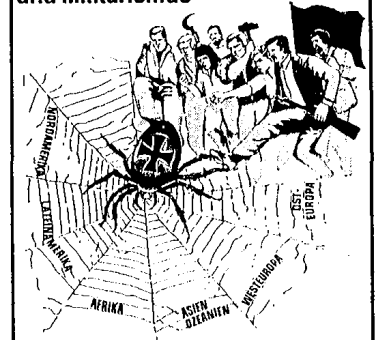
Im Gegenteil, diese aus dem engen Interesse der Ausbeuterklassen resultierende Politik der Konzessionen an die westdeutschen Imperialisten beschwört große Gefahren für das polnische Volk herauf.

Unversöhnlicher Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus!

Es ist heute dringender denn je, jeden Schritt des westdeutschen Revanchismus hin zu seinen alten Zielen zu verfolgen, sich selbst Klarheit darüber zu verschaffen, jeden Vorstoß, jedes Manöver, jede Lumperei aufzudecken und Widerstand zu leisten.

Der Kampf gegen "Großdeutschland" erfordert, die soeben erst erfolgte Einverleibung der DDR, welche die Bedrohung Polens erhöht hat, nicht einfach als Tatsache hinzunehmen, sondern verstärkt den Kampf dagegen aufzunehmen.

Der westdeutsche Imperialismus, Revanchismus und Militarismus



Todfeind der Völker der Welt

Die ganze, vom westdeutschen Imperialismus ausgehende Gefahr kann unmöglich erfaßt und bekämpft werden, wenn nicht völlige Klarheit darüber herrscht, daß seine **Tradition ungebrochen** ist. Der westdeutsche Imperialismus ist im Kern derselbe Imperialismus, der den 1. Weltkrieg ausgelöst hat, der im 2. Weltkrieg die bisher größten Verbrechen der Weltgeschichte bis hin zum industriell organisierten Völkermord begangen hat. Er ist im Kern derselbe Imperialismus, der bereits zweimal bewiesen hat, daß er in der Lage ist, in relativ kurzer Zeit ökonomische, politische und militärische Niederlagen wettzumachen.

Sein Revanchismus, sein Militarismus, seine besondere Aggressivität sind also gerade nicht allein aus der heutigen aktuellen Lage zu verstehen. Seine verbrecherische Geschichte muß unbedingt studiert und bewußt gemacht

Es ist auch Klarheit darüber erforderlich, daß das Ziel der westdeutschen Revanchisten nicht allein Großdeutschland ist, sondern daß ihr Hunger weit größer ist. Der westdeutsche Imperialismus hat sich nicht von der Niederlage des Zweiten Weltkriegs erholt, er ist nicht erneut zur Großmacht aufgestiegen, um sich mit zwei fehlgeschlagenen Versuchen der "Neuordnung" Europas und der Welt nach seinen Interessen abzufinden. Der westdeutsche Revanchismus knüpft weltweit sein Spinnennetz enger, um das zu erreichen, woran er im Zweiten Weltkrieg gescheitert ist.

Es ist ebenso nötig, gerade jenen Völkern Aufmerksamkeit zuzuwenden, die gegen den Nazifaschismus gekämpft haben und die erneut in das Fadenkreuz des westdeutschen Finanzkapitals geraten sind. Dabei erwachsen auf Grund der Nähe Westberlins zu Polen besondere Aufgaben und Möglichkeiten, für die vorbehaltlose Klassensolidarität der Arbeiter und Arbeiterinnen hier mit den Werktätigen Polens einzutreten, sie zu entwickeln und Kontakte herzustellen.

Schließlich muß zur Klarheit über die Ziele des westdeutschen Revanchismus die Klarheit über die eigenen Ziele treten: das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, die westberliner Arbeiterklasse muß ihren Teil dazu beitragen, den westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus in der bewaffneten proletarischen Revolution zu vernichten.

So übermächtig der Feind scheint, so riesig die Aufgaben sind, sie müssen angepackt werden, auch wenn die Kräfte heute noch gering sind.

Tod dem westdeutschen Imperialismus,
Revanchismus und Militarismus!

VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR

• Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin in verschiedenen Sprachen
• Schriften des Kampfunismus und der Kommunisten über internationale
• Veröffentlichungen von WESTBERLINER KOMMUNIST
• GEGEN DIE STRÖMUNG und ROTE FARBE
• Anhangende literarische, ökonomische, politische, kulturelle
• und andere Länder

Mittwoch 16. 18.00, Brunhildstr. 5, 1000 Westberlin 62
(Rote U-Bahn, Kiefernmarkt)